

34/2015

DIE EURO-WÄHRUNGSUNION BENÖTIGT EIN EURO-SCHATZAMT ZUM ÜBERLEBEN

AUF EINEN BLICK

Unter dem Euro-Wirtschaftspolitikregime von heute besteht keinerlei Hoffnung auf eine lebhafte Erholung aus eigener Kraft. Der entscheidende Geburtsfehler des Euro liegt in der Trennung zwischen Schatzamt und Zentralbankfunktionen, der natürlichen Achse wirtschaftspolitischer Macht. Die Schaffung eines Euro-Schatzamts als rudimentäre Fiskalunion, die keine Transferunion ist, behebt diesen Mangel. Gleichzeitig ist der „Euro-Schatzamt-Plan“ auch ein Konjunkturprogramm zur Überwindung der noch immer ungelösten Eurokrise.

DIE EUROKRISE IST FOLGE VON SYSTEMFEHLERN

Die Eurokrise hat existentielle Konstruktionsfehler der Währungsunion offenbart. Nachhaltige Divergenzen innerhalb des Währungsraums waren vor der Krise nicht wirksam eingedämmt worden. Als diese Ungleichgewichte schließlich implodierten, erwiesen sich die Mitgliedsländer als extrem verwundbar gegenüber systemischen Bankenproblemen und sich abrupt verschlechternden öffentlichen Finanzen. In Ermangelung eines finanzpolitischen Partners fand sich die Europäische Zentralbank (EZB) weitgehend auf sich allein gestellt im Kampf gegen die flächendeckende Ansteckung auf den Finanzmärkten, wobei sie sich auch noch rechtlichen Angriffen ausgesetzt sah.

Noch immer quälen sich die meisten Mitgliedsländer mit Stagnation, hoher Arbeitslosigkeit und hinderlicher Schuldendynamik, während die Wirksamkeit der von der EZB in diesem Jahr initiierten Politik der „quantitativen Lockerung“ (QE) fraglich bleibt. Anfällig für globale (Fehl-)Entwicklungen, auf die man, wie in steigenden Leistungsbilanzüberschüssen deutlich zu sehen ist, riskant stark vertraut, verharrt die Währungsunion in ihrer hausgemachten Krise. Das mangelhafte und dysfunktionale Euro-Regime von heute gestattet keinerlei Hoffnung auf eine lebhafte Erholung aus eigener Kraft.

Insbesondere Investitionen sind nachhaltig eingebrochen. Unter dem Joch des fehlbenannten „Stabilitäts- und Wachstumspakts“ (SWP) wurden die öffentlichen Investitionen auf ein außergewöhnlich niedriges Niveau gekappt. Der gemeinschaftliche Sparausch führte allerdings in die Irre, erwies sich als sozial verheerend und wirtschaftlich kontraproduktiv, und zwar sowohl aus konjunktureller als auch aus wachstumspolitischer Perspektive. Im Kern verderben die Regierungen nicht nur leichtfertig die wirtschaftlichen Geschicke der heutigen Generationen, sondern verraten auch noch die wirtschaftlichen Möglichkeiten unserer Enkelkinder.

Dieser krassen Unvernunft ist dringend entgegenzutreten. So enthält der hier vertretene Vorschlag auch ein Konjunkturprogramm zur Überwindung der Krise durch öffentliche Investitionen. Doch in dieser Hinsicht ist der „Euro-Schatzamt-Plan“ (ESP) nicht wirklich einzigartig.¹ Das kritische Neue an dem Vorschlag ist vielmehr die Art und Weise, in der er Ausgaben und Finanzierung des Konjunkturprogramms miteinander verbindet und dabei gleichzeitig die tückische Lücke im aktuellen Euro-Regime ausfüllt und dessen wesentlichen Konstruktionsfehler behebt: die Entkopplung der staatlichen Institutionen Zentralbank und Schatzamt, die nur im Verbund ihre volle Wirkungsmacht entfalten können.

Der Euro wird solange auf keinem sicheren Fundament stehen, wie der EZB ein Euro-Schatzamt als Partner fehlt. Erst ein Euro-Schatzamt würde jene entscheidende Achse aus Zentralbank und Schatzamt ermöglichen, die im Zentrum der wirtschaftspolitischen Handlungsfähigkeit souveräner Staaten steht.² Die derzeitige Regelung lässt alle wirtschaftspolitischen Akteure anfällig. Weil den nationalen Schatzämtern eine Zentralbank als Partner fehlt, kann ein „Run“ auf ihre Schuldtitel (sprich: eine Liquiditätskrise durch Anlegerflucht) zum Staatsbankrott führen. Weil die EZB

>

kein Euro-Schatzamt als Partner hat und Euro-Staatsanleihen nicht existieren, setzt sie sich rechtlichen Klagen gegen ihre „Quasi-Fiskalpolitik“ aus, wenn sie in nationalen Schuldtiteln operiert. Der ESP schlägt zwei, wenn nicht mehr Fliegen mit einer Klappe. Und er kommt dabei deutschen Vorbehalten gegen eine Fiskalunion weitestmöglich entgegen.

GEMEINSAME FINANZIERUNG VON ÖFFENTLICHEN INVESTITIONEN

Die Kernidee eines Euro-Schatzamts ist schlicht und einfach: Das Euro-Schatzamt wird die zukünftigen öffentlichen Investitionen der Eurozone als Pool vereinen und durch echte gemeinsame Anleihen finanzieren. Die Regierungen der Mitgliedsländer legen dazu das Anfangsvolumen sowie die jährliche Wachstumsrate der öffentlichen Investitionen im Währungsraum in der Folgezeit fest. Ansonsten arbeitet das Euro-Schatzamt gemäß einer strikten Regel.

Nehmen wir also zum Beispiel an, man einigte sich auf ein Anfangsvolumen der öffentlichen Investitionen von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) sowie auf eine jährliche Wachstumsrate der Investitionen von fünf Prozent. Wenn die im Maastrichter Vertrag unterstellte Annahme einer nominalen BIP-Wachstumsrate von fünf Prozent zuträfe, würde die Eurozone in Zukunft – im krassen Gegensatz zu heute – verantwortungsbewusst stetig in die gemeinsame Infrastruktur investieren, während der Bestand der gemeinsamen Euro-Schatzamt-Anleihen, der diese Infrastruktur finanziert, gegen Ende des Jahrhunderts auf ein stationäres Gleichgewichtsniveau von 60 Prozent des BIP konvergiert. Diese Anpassung würde weitgehend innerhalb von 35 Jahren passieren. Innerhalb einer Generation würden also die Bürger_innen der Eurozone sowohl ein gemeinsames Infrastrukturkapital als auch die öffentlichen Schulden seiner Finanzierung miteinander teilen.

Dies ist kein weiterer „Euro-Bonds“-Vorschlag. Denn es findet hier keinerlei Vergemeinschaftung existierender („alter“) Staatsschulden statt. Für diese bleiben alleine die Mitgliedstaaten verantwortlich, und auch die „No-Bailout“-Klausel bleibt weiterhin bestehen (bzw. wird wiederbelebt). Der ESP ist völlig auf die Zukunft gerichtet. Es geht um zukünftige gemeinsame Schuldenfinanzierung zukünftiger öffentlicher Investitionen, welche die Grundlage der gemeinsamen Zukunft der Euro-Schicksalsgemeinschaft bilden, auf die man zwar immer wieder gerne anspielt, aber seit geraumer Zeit bitter vernachlässigt.

Das Euro-Schatzamt wird dabei die Investitionen nicht selber tätigen. Stattdessen wird es entsprechende Investitionszuschüsse an die Regierungen der Mitgliedstaaten verteilen, die genau ihrem Anteil am BIP der Eurozone entsprechen. Der Punkt ist, dass auch die Zinszahlungsverpflichtungen für die gemeinsamen Anleihen auf Basis der BIP-Anteile der Mitgliedstaaten berechnet werden. Umverteilung wird dadurch per Design ausgeschlossen: Das Euro-Schatzamt ist so speziell konzipiert, dass mit ihm keine Transferunion entsteht; es ist unabhängig vom – und besteht parallel zum – EU-Haushalt, der das einzige Instrument jeglicher innerregionalen Umverteilung innerhalb der EU (und Eurozone) bleibt.

Das Euro-Schatzamt arbeitet regelgebunden, weil es politisch geboten ist, die vom Euro-Schatzamt finanzierten gemeinsamen

öffentlichen Investitionen an eine strikte Regel zu knüpfen, solange sich die Eurozone nicht zu einer vollwertigen parlamentarischen Demokratie entwickelt hat. Darüber hinaus, und im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip der EU, ist auch das Steuererhebungsrecht des Euro-Schatzamts strikt auf Einnahmen zur Bedienung der Zinsen auf die gemeinsamen Schulden und zur Stabilisierung der Schuldenquote auf ihrem Zielniveau begrenzt. Die Einnahmenseite des Plans sieht spezielle Steuervorschriften vor, die bei Zweckbindung allein die für den Schuldendienst notwendigen Einnahmen sicherstellen.

AKTUELLE FINANZPOLITISCHE REGELN GELTEN WEITER

Die Mitgliedstaaten bleiben an alle bestehenden Regeln des aktuellen Euro-Regimes gebunden. Diese werden allerdings nur auf die laufenden öffentlichen Ausgaben angewendet, da die nationalen öffentlichen Investitionen nunmehr ein separates Investitionsbudget bilden, das durch gemeinsame Anleihen finanziert wird. Das macht einen entscheidenden Unterschied aus.

Das derzeitige SWP-Regime sieht vor, dass die Mitgliedstaaten für immer und ewig (nahezu) ausgeglichene öffentliche Haushalte erreichen sollen. Langfristig würde dann die öffentliche Schuldenquote gegen Null konvergieren. Das ist ein wahrhaft unsinniges und unmögliches Unterfangen. Es würde nicht nur das Finanzsystem von sicheren Schuldtiteln aushungern, sondern auch noch Krisenanfälligkeit im Finanz- und Wirtschaftssystem schaffen. Schulden – und in der Tat wachsende öffentliche Schulden – sind eine ganz natürliche Begleiterscheinung des wirtschaftlichen Wachstums. Was dem Euro-Regime wirklich fehlt, ist eine zentrale finanzpolitische Institution mit der Macht, Staatsausgaben zu bewirken, Steuern zu erheben und (sichere) Schuldtitel zu begeben. Diese Systemlücke ist die Hauptquelle für die Verwundbarkeit des Euro und die schlechte Wirtschaftsentwicklung.

Auf Dauer kann eine Volkswirtschaft nicht mehr verdienen als sie ausgibt. Vor allem in der Folgezeit einer Finanzkrise, gebremst von der Last übermäßiger Verschuldung, wird der private Sektor der Volkswirtschaft einen positiven Finanzsaldo anstreben, also versuchen, mehr zu verdienen als auszugeben. Erst wenn die Erholung von der Krise zu einem Aufschwung führt, kann man erwarten, dass der private Sektor wieder einen eher ausgeglichenen Finanzsaldo erreichen wird. Wenn also der private Sektor über den gesamten Konjunkturzyklus betrachtet strukturell einen positiven Finanzsaldo anstrebt, kann der öffentliche Sektor strukturell nur dann einen positiven Finanzsaldo erreichen, wenn die Volkswirtschaft (bzw. die Währungsunion insgesamt) ewige externe Überschüsse einführt. Diese Konstellation entspräche dem deutschen Modell: Der deutsche Staatshaushalt ist ausgeglichen, weil sich Deutschlands Handelspartner ständig weiterverschulden (bis sie überschuldet sind), um die deutschen Exportüberschüsse bezahlen zu können. Das deutsche Modell für die Eurozone insgesamt zu replizieren würde jedoch die Binnennachfrage anhaltend erdrosseln und globale Spannungen provozieren. Das deutsche Modell ist daher kein Modell für die Eurozone.³

Bezüglich der Entwicklung der nationalen öffentlichen Verschuldung würde es die im ESP vorgesehene stetige gemeinsame

Verschuldung zur Finanzierung öffentlicher Investitionen endlich ermöglichen, die laufenden nationalen Haushalte strukturell auszugleichen. Innerhalb einer Generation würde die öffentliche Verschuldung auf nationaler Ebene auf ein Niveau sinken, vor dem man sich nicht mehr fürchten müsste. Im Ergebnis entspräche dies der Normalsituation in einer anderen – funktionierenden – Währungsunion: den Vereinigten Staaten von Amerika.

SICHERUNG VON EUROPAS INFRASTRUKTUR UND GEMEINSAMER ZUKUNFT

Der ESP würde eine minimalistische, aber funktionale Fiskalunion schaffen, die das Subsidiaritätsprinzip befolgt und einigen der zentralen deutschen Vorbehalten weitestmöglich entgegenkommt: Der Vorschlag schafft keine Transferunion, erfordert, dass die Mitgliedstaaten die geltenden Vorschriften befolgen, und sieht vor, dass das Euro-Schatzamt nach einer festen Regel statt diskretionär arbeitet. Die feste Regel für den Betrieb des Euro-Schatzamts ist als „goldene Regel der öffentlichen Finanzen“ bekannt, die im deutschen Grundgesetz verankert war, bis sie im Jahr 2009 durch die „Schuldenbremse“ ersetzt wurde. Letztere läuft im Kern auf die Regel ausgeglichener Staatshaushalte hinaus, während erstere die alte Weisheit anerkennt, dass öffentliche Investitionen schuldenfinanziert sein sollten.⁴

Durch die Verstetigung der öffentlichen Investitionen auf angemessenem Niveau würde der ESP einen entscheidenden Baustein dafür liefern, den Euro in eine Treibkraft für gemeinsamen Wohlstand statt gemeinsamer Verarmung zu verwandeln. Das Euro-Schatzamt verkörpert die Einsicht, dass beide Seiten der volkswirtschaftlichen Vermögensbilanz betrachtet werden müssen: Die Emission der gemeinsamen Anleihen dient dazu, die gemeinsame Infrastruktur zu finanzieren, auf der die Zukunft Europas beruht. Der gegenwärtige Spar-Kreuzzug verleugnet die allgemeine Weisheit der „goldenen Regel“ und führt zur Verarmung Europas, während der ESP die goldene Regel solider öffentlicher Finanzen zum Anker des europäischen Integrationsprozesses macht.

WEITERE VORTEILE UND MÖGLICHE FUNKTIONEN DES EURO-SCHATZAMTS

Der ESP hat noch vieles mehr zu bieten. Zunächst einmal würde das Euro-Schatzamt die nationalen automatischen Stabilisatoren entscheidend stärken. Zusätzliche Stabilisierungskapazität wäre leicht erreichbar, indem man die strenge („goldene“) Regel für stetige öffentliche Investitionen erweitert. Das Euro-Schatzamt könnte im Fall einer tiefen Rezession etwas mehr tun als im Normalfall. Es könnte (automatisch) zusätzliche Allzweck-Zuschüsse an die Mitgliedstaaten (auf Basis ihrer BIP-Anteile) gewähren, um so ihre laufenden Haushalte vorübergehend zu unterstützen.

Für die Bankenunion, die den berüchtigten „Banken-Staat Teufelskreis“ brechen soll, ist das Euro-Schatzamt besonders kritisch. Der Teufelskreis erwächst, weil die beiden Parteien in Bezug auf ihren Liquiditäts- und Solvenzstatus sehr eng miteinander verwoben sind. Banken in Not können den Staat mit in den Abgrund reißen – und umgekehrt, vor allem, wenn der

Staat von seiner Zentralbank entkoppelt wurde. Die derzeit in der Bankenunion vorgesehenen fiskalischen Auffangnetze sind unzureichend und bleiben weitgehend national. Die schnelle Liquidität der EZB mit einer finanzpolitischen Deckung durch das Euro-Schatzamt zu koppeln, würde ein weitaus stärkeres Bollwerk gegen jede Bedrohung durch Finanzkrisen schaffen.

Dabei würde das Euro-Schatzamt auch jene so kritischen sicheren gemeinsamen Schultitel bereitstellen, die man als Grundlage für eine gemeinsame Fristenstruktur des (risikofreien) Zinses braucht. Derzeit sehen sich private Schuldner in der Eurozone divergierenden Finanzierungskosten und Zinsspannen ausgesetzt, basierend auf ihrer Nationalität, weil private Kreditrisiken weiterhin relativ zu ihrer jeweiligen nationalen Benchmark, den Zinsen für die nationalen Staatsanleihen, prebisiert werden. Das widerspricht krass dem Sinn und Zweck sowohl des Gemeinsamen Marktes als auch des Euro. Zugleich würde die Schaffung von Euro-Schatzamt-Anleihen der EZB die Möglichkeit geben, in Zukunft lediglich in diesen zu intervenieren, nationale Staatsanleihen dagegen nie wieder anzurühren.

Auch die Schaffung einer Art „Versicherung auf Gegenseitigkeit“ würde das Euro-Schatzamt erleichtern. Gegenseitige Versicherung unterscheidet sich von Umverteilungspolitik. Letztere beinhaltet permanente Transfers, die Unterschiede im Einkommensniveau zwischen den Mitgliedstaaten verringern sollen. In der EU wird diese Funktion vor allem durch den EU-Haushalt abgewickelt; eine sehr begrenzte Transferunion. Im Gegensatz dazu kann eine gegenseitige Absicherung, die nur vorübergehende Finanztransfers vorsieht, genau so ausgestaltet werden, dass sie Einkommen stabilisiert, aber nicht nivelliert. Das ist erforderlich, um „asymmetrischen Schocks“ zu begegnen, also Schocks, welche die Mitglieder der Währungsunion unterschiedlich treffen.⁵ Die erforderliche Größe eines solchen Budgets der gegenseitigen Versicherung könnte gering sein, aber dennoch deutliche Stabilisierungseffekte bewirken.⁶

Allerdings ergibt sich hier eine wichtige Einschränkung. Die gegenseitige Versicherung gerät in Schwierigkeiten, wenn anhaltende Divergenzen der Wettbewerbsfähigkeit nicht unterbunden werden – wie man sie vor der Krise erlebt hat. Solche Divergenzen führen zum Anschwellen von Ungleichgewichten, die dann letztlich dauerhafte Transfers bedingen. Eine Währungsunion, in der es gravierende Einkommensniveauunterschiede zwischen den Mitgliedern gibt, mag auf geraume Zeit mit minimaler Umverteilungspolitik auskommen. Versagen beim Erhalten ausgeglichener Wettbewerbspositionen dagegen kann schnell zum Bankrott schwächerer Mitgliedstaaten führen. Im Allgemeinen muss die Lohnstückkostenentwicklung der Mitgliedstaaten mit der für die Währungsunion vereinbarten gemeinsamen Preisstabilitätsnorm im Einklang bleiben (d.h. dem Inflationsziel der EZB von „unter, aber nahe zwei Prozent“). Als die deutschen Löhne unter dem Euro aufhörten zu wachsen, verloren Deutschlands Partner unweigerlich ihre Wettbewerbsfähigkeit. Die letztlich unabdingbare Implosion der daraus entstandenen Ungleichgewichte steckt hinter der noch immer nicht überwundenen Eurokrise.⁷ Wer eine Transferunion nicht will, muss zwingend ein nachhaltiges Auseinanderdriften der Wettbewerbspositionen verhindern und darf seine Partner nicht systemwidrig unterbieten.

DER EURO-SCHATZAMT-PLAN ALS KONJUNKTURPROGRAMM

Zu guter Letzt ist der ESP auch noch ein Konjunkturprogramm. Ein direkter Impuls ergibt sich schon allein aus der Normalisierung der öffentlichen Investitionen, die aufgrund der kontraproduktiven Sparpolitik derzeit bei nur zwei Prozent des BIP liegen. Eine Rückkehr zu einer normalen Rate von drei Prozent des BIP (oder vorübergehend mehr) würde also entsprechende Wachstumsimpulse liefern. Zusätzlich würde sich auf nationaler Ebene neuer finanzpolitischer Spielraum ergeben. So wird der allmähliche Übergang von der Bedienung hochverzinslicher nationaler Staatsschulden auf die Bedienung niedrigverzinslicher gemeinsamer Euro-Schatzamt-Anleihen zu einer erheblichen finanziellen Gesamtentlastung führen. Letztlich sollte dies eine ähnlich günstige Verschuldung wie im Fall der USA gestatten, wo Primärdefizite möglich sind, weil die Zinsen gewöhnlich unter der Wachstumsrate liegen. Das galt selbst für Deutschland im Normalfall nicht. Die heutige Situation spiegelt die Dysfunktionalität der Währungsunion wider.

Man beachte hier auch, dass das „Euro-Schatzamt-Konjunkturprogramm“ eine sanftere Wiederangleichung der Wettbewerbspositionen innerhalb der Währungsunion fördern würde, weil es ein breit angelegtes, flächendeckendes Programm ist. Derzeit ist der Anpassungsprozess sehr asymmetrisch und wirkt deflationär: Die Euro-Krisenländer sind zu einer „internen Abwertung“ gezwungen, ohne dass es gleichzeitig einen entsprechenden Druck auf die Gläubigerländer zur Expansion gibt. Ein schnelleres Wachstum der Inlandsnachfrage und eine höhere Lohn-Preis-Inflation in den Gläubigerländern würde zur Erholung der Eurozone als Ganzes sehr viel beitragen.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass die Eurokrise gegenwärtig ungelöst ist und die Euro-Währungsunion unvollständig und außerordentlich verwundbar bleibt. Den potenziell tödlichen Geburtsfehler des Euro behebend, würde die Umsetzung des hier dargestellten ESP den Euro lebensfähig machen, da er jene kritische Achse wirtschaftspolitischer Macht zwischen Schatzamt und Zentralbank schaffen würde, die bisher im Zentrum des Euro-Regimes fehlt. In Anerkennung der Tatsache, dass eine vollständige Politische Union in der fernen Zukunft liegt und deutsche Ängste vor einer Transferunion nur schwer zu beschwichtigen sind, konzentriert sich der ESP eng auf das in der näheren Zukunft Machbare. Der ESP verspricht somit sowohl eine breit angelegte Wirtschaftserholung zu stimulieren als auch den Weg für eine weitere Integration in der Zukunft zu bereiten.

Autor

Jörg Bibow ist Professor am Skidmore College und Research Associate am Levy Economics Institute in den USA.

Anmerkungen

- 1** – Siehe zum Beispiel: Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB): Ein Marshallplan für Europa, Berlin 2012; Independent Annual Growth Survey (iAGS) 2015.
- 2** – Vgl. Charles A.E. Goodhart: The Two Concepts of Money: Implications for the Analysis of Optimal Currency Areas, in: European Journal of Political Economy, Bd. 14, 3 (1998), S. 407-432.
- 3** – Vgl. Jörg Bibow: Making EMU Work: Some Lessons from the 1990s, in: International Review of Applied Economics, Bd. 15, 3 (2001), S. 233-259, sowie Jörg Bibow: The Euroland Crisis and Germany's Euro Trilemma, in: International Review of Applied Economics, Bd. 27, 3 (2012), S. 360-385.
- 4** – Vgl. Richard A. Musgrave: The Nature of Budgetary Balance and the Case for a Capital Budget, in: American Economic Review, 29, 2 (1939), S. 260-271; Richard A. Musgrave: The Theory of Public Finance. A Study in Public Economy, New York et al. 1959.
- 5** – Vgl. European Council: Towards a Genuine Economic and Monetary Union, December 5, 2012.
- 6** – Vgl. Jean Pisani-Ferry; Alexander Italianer; Roland Lescure: Stabilization Properties of Budgetary Systems: A Simulation Analysis, in: European Economy – Reports and Studies Nr. 5, 1993, S. 513-538.
- 7** – Vgl. Jörg Bibow: The Euro Area Drifting Apart – Does Reform of Labour Markets Deliver Competitive Stability or Competitive Divergence?, in: European Trade Union Confederation (ETUC): Structural Reforms and Macro-Economic Policy, Brüssel 2006, S. 76-86, sowie Heiner Flassbeck: Wage Divergences in Euroland: Explosive in the Making, in: Jörg Bibow; Andrea Terzi (Hrsg.): Euroland and the World Economy – Global Player or Global Drag?, Basingstoke, Hampshire (u.a.) 2007, S. 43-52.

Impressum

© 2015

Friedrich-Ebert-Stiftung

Herausgeber: Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik
Godesberger Allee 149, 53175 Bonn
Fax 0228 883 9205, www.fes.de/wiso

Für diese Publikation ist in der FES verantwortlich:
Markus Schreyer, Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik
Bestellungen/Kontakt: wiso-news@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.
Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

ISBN: 978-3-95861-309-6